

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5701

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5701



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Argumente gegen die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz»

Eine irreführende, demagogische und gefährliche Initiative

1. Eine irreführende Initiative

Die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» ist irreführend. Sie gibt vor, die Nachhaltigkeit zu fördern, während sie einen Bruch mit den Grundsätzen herbeiführt, auf denen der Wohlstand der Schweiz und die Lebensqualität ihrer Einwohner beruhen.

Die Initiative verschleiert ihre wahren Absichten. Während sie vorgibt, die Natur zu schützen und gegen Wohnungsnot, Staus und Kriminalität vorzugehen, ist sie in Wirklichkeit antieuropäisch, fremdenfeindlich, demagogisch und völlig wirkungslos gegen die Probleme, die sie angeblich lösen will.

2. Ein vereinfachender Inhalt

Der Text der Initiative lässt sich in den folgenden zwei Punkten zusammenfassen:

- Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz darf bis 2050 auf keinen Fall 10 Millionen überschreiten. Andernfalls muss der Bundesrat als letzte Massnahme die internationalen Verträge, die sich mit Bevölkerungsentwicklung befassen, kündigen.
- Sobald die ständige Wohnbevölkerung 9,5 Millionen überschreitet, muss der Bundesrat Massnahmen ergreifen, insbesondere in den Bereichen Asyl und Familienzusammenführung.

Die Festlegung einer Höchstgrenze für Einwohner:innen zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Verfassung ist ein radikaler und vereinfachender Schritt. Warum gerade diese Obergrenze und keine andere? Warum gerade dieses Datum und kein früherer Zeitpunkt?

Tatsächlich zielt die Initiative, die vorgeblich die Schweiz langfristig schützen will, darauf ab, kurzfristig die europäische Integration zu untergraben und die Einwanderung in all ihren Formen zu stigmatisieren.

3. Ein Katalog demagogischer Versprechungen

Die Initiative gibt vor, eine angemessene Antwort auf einen demagogischen Katalog mit den folgenden Problemen oder Fantasien zu sein:

- Bevölkerungsboom und Stress durch Bevölkerungsdichte;
- Zubetonierung und Druck auf die Natur;
- Mietpreisanstieg und Wohnungsmangel;
- Staus und überfüllte Züge;
- Verlust von Kultur und Identität;
- Steigende Kriminalität;
- Sinkende Qualität des Bildungssystems;
- Kosten der Einwanderung für den Sozialstaat: und
- Gefährdung der Versorgung mit einheimischen Lebensmitteln.

In Wirklichkeit:

- zeichnet die SVP ein katastrophales Bild, das in keiner Weise der tatsächlichen Lage in der Schweiz entspricht;
- werden die meisten der angesprochenen Probleme überbewertet und stehen in keinem direktem Zusammenhang mit der Einwohnerzahl; und
- lässt sich keines der erwähnten Probleme durch die Verankerung einer Bevölkerungsobergrenze in der Verfassung lösen.

Zudem:

- werden die Befürchtungen im Zusammenhang mit dem starken Wachstum der letzten Jahre von den Behörden bereits berücksichtigt;
- hat der Bundesrat in seiner Botschaft an das Parlament Massnahmen in Bereichen wie Wohnen, Arbeitsmarkt oder Asyl angekündigt; und
- entwickeln auch die Kantone und Städte oft Massnahmen, um den Zugang zu Wohnraum zu fördern.

Was es braucht: klare, einfache und wirkungsvolle Antworten

Einerseits verschleiert die Initiative ihre eigentliche Absicht, nämlich die europäische Integration zu blockieren. Andererseits verbreitet sie zahlreiche Unwahrheiten und basiert auf Fantasien, die klare, einfache und wirkungsvolle Antworten erfordern:

1. Die Fantasie von der Überbevölkerung

Das derzeit offensichtlichste Risiko für die europäischen Demokratien ist die Entvölkerung. Die Geburtenrate sinkt, wodurch öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen langfristig unverzichtbare Arbeitskräfte fehlen werden.

Die Zuwanderung neuer Einwohner:innen ist in unseren alternden europäischen Demokratien weniger besorgniserregend als der Mangel an Nachwuchs. Ein Beweis dafür ist, dass Italien und Spanien in der letzten Zeit viele Arbeitsbewilligungen ausgestellt haben und sogar Ungarn mit Drittländern entsprechende Diskussionen führt. Die Schweiz läuft Gefahr, mit denselben Problemen konfrontiert zu werden, insbesondere wenn sie sich weniger offen und attraktiv zeigt.

Die SVP selber fordert eine Politik zur Förderung der Geburten und befürwortet Massnahmen, um neue Unternehmen anzuziehen. Diese Schritte stehen in völligem Widerspruch zu ihrer eigenen Initiative zur Begrenzung der Bevölkerungszahl.

Tatsächlich ist die Angst vor Überbevölkerung ein altes Schreckgespenst der Schweizer Politik. Bereits 1900 veröffentlichte Carl Alfred Schmid, «Armenpfleger» des Kantons Zürich, eine Broschüre gegen die «Überfremdung». Dieser Ausdruck sollte Bestand haben. Das Thema des Kampfes gegen eine ausländische Überbevölkerung erlebte in der Zwischenkriegszeit einen starken Aufschwung. Die Angst vor der «Überfremdung» tauchte in den 1960er- und 1970er-Jahren mit den bekannten Schwarzenbach-Initiativen wieder auf. Diese wurden mit wachsender Mehrheit abgelehnt.

Die Realität hat alle von den Anhänger:innen Schwarzenbachs geschürten Ängste widerlegt. Die Schweiz hat sich stark und erfreulich entwickelt, ohne jemals von der Einwanderung überrollt zu werden. Im Gegenteil: Es waren ihre Offenheit, ihre Integrationsfähigkeit und ihr Unternehmergeist, die ihren unbestreitbaren Erfolg ausmachten.

2. Die Illusion vom verlorenen Paradies

Die Initiant:innen zeichnen ein apokalyptisches Bild der Schweiz. Wenn man ihnen zuhört, könnte man meinen, wir lebten in einem chaotischen Land und vergeudet unsere Zeit in veralteten öffentlichen Verkehrsmitteln. Es muss im Gegenteil daran erinnert werden, dass die Lebensqualität in der Schweiz nach wie vor sehr hoch, ja sogar aussergewöhnlich ist. Nur wer nie ins Ausland reist, glaubt, unser Land sei nahe am Untergang.

Die Initiative gaukelt uns eine Art verlorenes Paradies ohne Stress und Probleme vor, das es nie gegeben hat. Wie alle innovativen und prosperierenden Demokratien musste sich auch die Schweiz mit komplexen gesellschaftlichen Fragen auseinandersetzen und sich an die Entwicklung ihrer inneren und äusseren Rahmenbedingungen anpassen. Der Druck auf den Wohnungsmarkt ist auch ein Preis des Erfolgs. Eine attraktive Region bietet weniger leerstehende und kostengünstige Wohnungen als eine Region, die von Arbeitslosigkeit oder Armut geprägt ist. Zudem hat die Personenfreizügigkeit keinen wesentlichen Einfluss auf dieses Phänomen gehabt. Vielmehr sind es der andauernde Widerstand gegen Neubauten sowie die Dominanz institutioneller Investoren auf dem Immobilienmarkt, die eine maximale Rendite anstreben, welche die Kosten in die Höhe getrieben haben.

Die Schweizer Schienen- und Strassennetze weisen eine beispiellose Dichte und Qualität auf. Zwar gibt es viele Nutzer und einen starken Andrang zu den Stosszeiten. Aber auch das ist wieder der Preis des Erfolgs. Träge Städte und verlassene Regionen kennen keinen starken Verkehr. Die Verkehrsfrage lässt sich durch angemessene Investitionen in die Infrastruktur lösen, nicht durch eine willkürliche Zahl in der Verfassung.

Schliesslich ist das plötzlich von der SVP bekundete Interesse an der Natur wenig glaubwürdig. Man erinnere sich an ihre häufig klimaskeptischen Positionen und ihre zahlreichen Kämpfe gegen die Umweltschützer:innen.

3. Die Katastrophe des Brexit

Der Brexit zeigt exemplarisch, wie wirkungslos und gefährlich der von der Initiative befürwortete Ansatz ist. Mit einer knappen Mehrheit wollten die Briten die Kontrolle über ihre nationale Gesetzgebung zurückgewinnen, vor allem aber einer Einwanderung ein Ende setzen, die sie als unerträglich empfanden.

Doch der Brexit hat sich nicht nur als finanzieller Misserfolg erwiesen, sondern zudem die in Grossbritannien ansässigen europäischen Arbeitskräfte in die Flucht getrieben. Die Folge ist, dass die Einwanderung aus fernen Ländern und mit unterschiedlichen Kulturen stark zugenommen hat, um das Desinteresse oder die Abwanderung der Europäer:innen auszugleichen. Heute mangelt es den britischen Spitälern an Personal. Die Steuern steigen. Die Regierung tut alles in ihrer Macht Stehende, um die negativen Folgen des Brexits rückgängig zu machen und die europäische Zusammenarbeit wieder zu fördern.

Gleichermassen sendet die Initiative ein sehr schlechtes Signal an Staatsangehörige aus Nachbarländern, die gerne in der Schweiz arbeiten würden, obwohl der öffentliche Dienst und die Unternehmen sie dringend benötigen.

4. Wirtschaft und Wohlstand in Gefahr

Einwanderung ist immer der Preis des Erfolgs! Wer würde schon daran denken, sich in einem Land niederzulassen, in dem Arbeitslosigkeit, Elend und Unsicherheit herrschen? Einwanderung zum Sündenbock für alle Übel zu machen, ist ein schwerwiegender Fehler.

Für eine innovative Gesellschaft ist sie eine Quelle ihres Wohlstands. Das Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über den freien Personenverkehr hat sich seit seinem Inkrafttreten als der Faktor erwiesen, der am meisten zum Wirtschaftswachstum der Schweiz beigetragen hat.

Wenn die Schweiz sich wirklich von der Einwanderung befreien will, gibt es nur eine Lösung: Sie muss ihre Unternehmen vertreiben. Eine Schweiz, die keine Arbeitsplätze mehr bietet, wird keine ausländischen Arbeitskräfte mehr anziehen. Auch aus dieser Konsequenz wird klar, wie absurd und zugleich gefährlich die Initiative ist. Ihr einziger Nutzen besteht darin, den Wohlstand der Schweiz zu gefährden. Es ist seltsam, dass eine Partei, die sich als patriotisch und rechtsnationalistisch bezeichnet, das Ziel verfolgt, die Schweiz zu schwächen. Auch die Wirtschaft muss deshalb die Initiative energisch bekämpfen.

5. Die Infragestellung der europäischen Abkommen

In Wirklichkeit schützt die Initiative weder die Natur noch die Einwohner:innen. Ihre wahre Absicht ist es, bestehenden und künftigen Abkommen mit der Europäischen Union zu schaden. Indem sie ein Damoklesschwert über die Personenfreizügigkeit hält, verschlechtert die Initiative unsere Beziehungen zur Europäischen Union. Das ausgesendete Signal ist negativ.

Die rechtlichen und diplomatischen Folgen einer Annahme der Initiative sind klar negativ:

- a. Die Zustimmung der EU zum Vertragspaket (Bilaterale III) würde in Frage gestellt.
- b. Im Falle einer Kündigung des Freizügigkeitsabkommens würden alle Abkommen der Bilateralen I aufgrund der Guillotine-Klausel ungültig.

Die Initiative bringt nichts, schafft aber grosse Unsicherheiten. Während die Schweiz unter dem Druck der USA steht, wäre es ein veritables Eigentor, gleichzeitig unsere Beziehungen zu Europa zu schwächen.

6. Das Ende des bilateralen Wegs

Die Initiative bringt nicht nur unsere derzeitigen Beziehungen zur EU ins Wanken, sondern verhindert auch jede weitere Entwicklung des «bilateralen Wegs». Das mögliche Ende der Personenfreizügigkeit bedeutet einen Bruch des Fundaments, auf dem das bilaterale Vorgehen ruht. Diese Strategie des Sprungs ins Ungewisse ist unsinnig. Tatsächlich wird das Ziel der Initiant:innen dank des Vertragspakets erreicht. Es enthält eine Schutzklausel, die eine angemessene Steuerung der Einwanderung ermöglicht, insbesondere im Falle von Problemen.

7. Unverhohlene Fremdenfeindlichkeit

Die Initiative ist nicht nur anti-europäisch, sondern auch offen fremdenfeindlich. Ein Beweis dafür ist, dass einige SVP-Vertreter gleichzeitig Massnahmen zur Steigerung der Geburtenrate fordern. Im wiederbelebten Konzept der «Überfremdung» wird viel mehr der Ausländer an den Pranger gestellt als die Überbevölkerung. Diese Stigmatisierung von Ausländerinnen und Ausländern hat keinerlei positive Auswirkungen auf die Natur, den Wohnungsmarkt oder den Verkehr. Schlimmer noch: Sie verstärkt Vorurteile, spaltet die Bevölkerung und schwächt die multikulturelle Schweiz. Die Initiative ist hinterhältig: Sie gibt vor, sich um die Zukunft zu sorgen, während sie bereits jetzt Schaden anrichtet. Sie ist unredlich: Sie gibt vor, sich um die Lebensqualität zu sorgen, während sie schlicht europhob und fremdenfeindlich ist.

Das Argumentarium wurde von der Politischen Kommission der Europäischen Bewegung Schweiz verfasst.